

"Knebelvertrag" soll jetzt endlich fallen

Die Praktiker des Cuxhavener Hafenumschlags haben sich in den vergangenen Jahren immer weniger daran gestört. Zurzeit scheint sie das Thema gar nicht mehr zu interessieren. Gemeint ist die Containersperrklausel, die es CuxPort verbietet überseeische Vollcontainerverkehre in Cuxhaven zu bedienen, sprich die ganz großen Containerriesen zu be- und entladen. Und somit ist die Freude verständlich, die ein gemeinsamer Entschließungsantrag der Landtagsfraktionen in Hannover ausgelöst hat, Verhandlungen zur Aufhebung der Containersperrklausel mit dem Hamburger Senat wieder aufzunehmen. Auch im Hamburger Rathaus hält man die Beschränkung für Cuxhaven mittlerweile für unzeitgemäß, nachdem die vertragliche Frist von zehn Jahren jetzt ohnehin abgelaufen ist. Die Containersperrklausel ist Bestandteil eines Staatsvertrages zwischen Niedersachsen und Hamburg. Hamburg übertrug 1991 die Hoheitsrechte im Amerikahafen in Cuxhaven, die es bis dahin auf Grund des Cuxhaven-Staatsvertrages innegehabt hatte, auf Niedersachsen zurück und verpflichtete sich, das Eigentum an den Land- und Wasserflächen des Amerikahafens gegen Wertausgleich auf Niedersachsen zu übertragen. Im Gegenzug akzeptierte Niedersachsen die Container-Sperrklausel. Sie beschränkt die überseeischen Vollcontainerverkehre für den Cuxhavener Hafen, in dem dort auf die Errichtung "einer auf den Containerverkehr spezialisierten Umschlaganlage, die regelmäßig überseeische Vollcontainerverkehre abfertigt", verzichtet wurde. Eine Änderung des Staatsvertrages muss von der Hamburgischen Bürgerschaft beschlossen werden. (aus CN)

Offshore-Windenergieanlagen im Bereich der WSD Nordwest

Die Planung von Windenergieanlagen Offshore ist in vollem Gange. Zurzeit liegen mehr als 20 Anträge mit einer Leistung von 60.000 Megawatt für den Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone der Nordsee vor. Im November 2001 wurde bereits die Pilotphase des Windenergieparks "Borkum-West" durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie genehmigt, im Dezember 2002 folgte die Genehmigung des Bürgerwindparks "Butendiek" 35 km westlich der Insel Sylt. Weitere Genehmigungen werden in Kürze folgen. Die Strategie der Bundesregierung zur Windenergienutzung auf See sieht vor, dass durch den Bau von Offshore-Windparks in der Nord- und Ostsee der Anteil der Windenergie am Stromverbrauch innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte auf mindestens ein Viertel wachsen soll. Die Bundesregierung geht davon aus, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen auf den aus heutiger Sicht voraussichtlich verfügbaren Flächen in der Nord- und Ostsee schon in der Startphase bis 2006 insgesamt mindestens 500 Megawatt Windkraftleistung auf See gebaut werden können. Mittelfristig (bis 2010) sind 3.000 Megawatt erreichbar. Auf längere Sicht (bis 2025) sind rd. 25.000 Megawatt installierte Leistung möglich. Dies entspricht 15 % des Stromverbrauchs der Bundesrepublik, gemessen am Bezugsjahr 1998. Im April 2002 hat die Bezirksregierung Weser-Ems eine Kabeltrasse zu dem Windpark "Borkum-West" landesplanerisch festgestellt; ein Kabel von 110 kV-Drehstrom verläuft über die Nordseeinsel Norderney Richtung Emden. Da es zurzeit noch keine raumordnerischen Vorgaben für den Bereich des Küstenmeeres und der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone gibt, soll mit der Veröffentlichung der uneingeschränkten Manövrieregebiete den Planern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Energietrassen von Anfang an schiffahrtsfreundlich zu planen. Diese von Kabeln freizuhaltenden Zonen in der Nordsee wurden mit der WSD Nord in Kiel abgesprochen. Von See kommend soll ein Kabel oder eine Versorgungsleitung die Verkehrstrennungsgebiete möglichst senkrecht kreuzen und zügig durch die Küstenverkehrszone geführt werden. Einer Trassenbündelung wird in jedem Fall der Vorzug gegeben. Es ist nicht notwendig, hierzu die verkehrlich hoch belasteten Ästuar Ems, Jade und Weser zu nutzen. Auch soll im Bereich der inneren Deutschen Bucht, in dem zurzeit noch keine Versorgungsleitungen liegen, der Ankergrund für die Schifffahrt durch Versorgungsleitungen nicht entwertet werden. (aus NWZ)

SDN kritisiert ablehnende Haltung der Innenminister der Küstenländer zur „Deutschen Küstenwache“

Lob und Anerkennung für Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß - massive Kritik gegenüber den Innenministern der anderen vier Küstenländer wegen ihrer ablehnenden Haltung zur Schaffung einer einheitlichen „Deutschen Küstenwache“, so lautet das Fazit der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN nach der Innenministerkonferenz der norddeutschen Küstenländer am Freitag in Kiel. „Es ist bemerkenswert“, so die SDN, „wie alle Abgeordneten des Kieler Landtages und die Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorausschauend einen Antrag auf Schaffung einer Deutschen Küstenwache in das parlamentarische Verfahren eingebracht haben, die CDU-Innenminister der Küstenländer sich in dieser Frage kontraproduktiv verhalten!“ Angesichts der Gesundheits- und Rentenreformen auf Bundesebene würden den Bürgern Deutschlands – mit Zustimmung aller Parteien - Belastungen auferlegt, wenn jedoch der Staat selbst notwendige Reformen in seinen eigenen Strukturen durchführen müsse, werde nach dem Prinzip „dat blifft allens so, as dat is“ gehandelt. In Fachkreisen Norddeutschlands und auf kommunalpolitischer Ebene an der Küste werde seit langem die Schaffung einer einheitlichen Küstenwache gefordert. Das sei kein tagespolitischer Populismus, sondern eine Forderung, die seit fünfzehn Jahren erhoben wird und sich auch aus den Erfahrungen der Havarien der „Pallas“ und anderer Beinahe-Havarien der Vergangenheit ergeben hätten, unterstreicht die SDN. Auch nach mehreren Gutachten und Teilmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene würden immer noch neun Behörden und 16 Dienststellen mit teilweise überschneidenden Tätigkeiten auf See agieren. Daher müsse dieses föderale System aufgrund geänderter Rahmenbedingungen in der internationalen Seefahrt und Regelungen durch Strukturänderungen optimiert werden. Nur ein einheitlichen Küstenwache mit monokratischer Füh-

rungsstruktur, in der alle schwimmenden Einheiten von Bund und Länder straff zusammengefasst sind, könne den Anforderungen des zukünftigen Wettbewerbes gerecht werden, meint die SDN

Autobahn früher fertig / Bis Pfingsten zwei neue Teilstücke

Die Emslandautobahn A 31 soll früher fertig sein als geplant. Aus Richtung Norden werde am 16. April der elf Kilometer lange Abschnitt zwischen den Abfahrten Lingen und Emsbüren freigegeben, teilte der emsländische Landrat Hermann Bröring gestern mit. Für Reisende aus Nordrhein-Westfalen gebe es von Pfingsten an eine bessere Anbindung an das Emsland. Dann werde das neun Kilometer lange Teilstück zwischen Ochtrup-Nord und der Anschlussstelle Schüttofer-Süd vollständig befahrbar sein. Deutschlands bisher einzige mit privaten und kommunalen Mitteln finanzierte Autobahn werde dann bis auf fünf Kilometer rund um das Schüttofer Kreuz fertig sein. Der Bau des Autobahnkreuzes werde im Dezember und damit zehn Monate früher vollendet, als mit dem Land Niedersachsen vereinbart. (aus NWZ)

Gebietsfestlegung für Nationalpark erfolgt erst nach der Pilotphase / Nationalparkverwaltung muss Sache des Amtes und der lokalen Bevölkerung sein

Der gesetzliche Begriff »Nationalpark«, in dem erheblich strengere Schutzbestimmungen für die Natur zum Tragen kommen als beispielsweise in einem Naturschutzgebiet, »ist etwas ganz Neues in Dänemark«, und daher gebe es erst einmal eine etwa zweijährige Pilotphase an der dänischen Wattenmeer-Nordseeküste, verdeutlichte der Vorsitzende des Ausschusses für Technik und Umwelt des Amtes Nordschleswig, Jens Andresen auf einer Sitzung in Husum.

»Eine Entscheidung über die Abgrenzung des Nationalparkgebiets erfolgt erst nach Abschluss der Pilotphase«, sagte Andresen. Werde die landseitige Grenze des Nationalparks »an der Deichkrone liegen«? Von der Pilotphase seien die ans Wattenmeer angrenzenden Kommunen berührt; Andresen nannte dabei auch Mandø und Fanø im Amt Ripen.

Bislang habe es in Dänemark nur eine »Naturschutzgesetzgebung als Ganzes« gegeben, somit keine besonderen Gesetze für Nationalparks wie sie in anderen Staaten üblich seien. »Jetzt aber ist aufgrund von EU-Richtlinien auch in Dänemark ein besonderes Gesetz notwendig«, sagte Andresen. Dabei schau er auch auf die Erfahrungen aus Deutschland, die dort z.B. bei der Einrichtung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer – geografisch in Nordfriesisches Wattenmeer und in den Wattenteil vor Dithmarschen gegliedert – gemacht worden seien. Aus den bisherigen Diskussionen mit Interessenvertretern seit Beginn des Pilotprojekts am 22. Dezember 2003 ergebe sich, dass »die Nationalparkverwaltung eine Sache des Amtes und der lokalen Bevölkerung sein soll«. Zudem müsse es »Gewährleistungen für die Wirtschaft« im Blick auf Nutzungsmöglichkeiten geben.

»Es geht hier um eine gemeinsame Schnittmenge, die eine Grundlage für den Nationalpark werden soll«, deutete Andresen Interessenkonflikte zwischen Naturschutz, Landwirtschaft, Fischerei usw. an. »Der künftige Nationalpark muss einen Mehrwert bilden. Die endgültige Entscheidung erfolgt erst nach der Pilotphase.« Eine Steuerungsgruppe für die Pilotphase sei in Vorbereitung. Im April würden die ersten Bürgerversammlungen beginnen. »Es ist noch alles ganz, ganz am Anfang.« (aus DNS)

Forschungskutter „Solea“ kehrt von der „Krabbenreise“ zurück / Wo bleiben die Krabben im Winter?

Der Fischereiforschungskutter „Solea“ des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft untersuchte auf seiner ersten Forschungsreise im neuen Jahr (6.-23. Januar 2004) die Verbreitung und die Häufigkeit der vor dem Wattenmeer überwinternden Nordseegarnelen im Bereich der Deutschen Bucht zwischen Schiermonnikoog, Niederlande und Horns Riff im südlichen Dänemark. Ungeklärt war bisher immer noch, wie weit sich die Krabben im Winter aus dem Watt in tieferes Wasser zurückziehen. Mit insgesamt 78 Fischzügen konnten trotz stürmischer Bedingungen eine hohe Anzahl von Proben genommen werden. Die Ausbreitung der „Krabben“ erstreckte sich bis zu einer Wassertiefe von maximal 50 Metern im Nordwesten des Untersuchungsgebietes. Gegenüber der Krabbendichte in den Gewässern vor Holland und Ostfriesland waren die Dichten auf der „Amrumbank“, einem bevorzugten Überwinterungsgebiet, relativ gering. Dennoch waren dort einzelne Fischereifahrzeuge zu sehen. Höhere und kommerziell befischungswürdige Dichten wurden nur zwischen 15 und 25 Metern Wassertiefe angetroffen, wobei die Forschungsfänge alle Größenklassen – also auch Jungkrabben – berücksichtigen. Als Beifang fanden sich insgesamt 45 Fischarten im Netz, gelegentlich auch junge Exemplare von Kabeljau und Wittling. Beide Raubfischarten sind als Fressfeinde der Krabben bekannt, bereiten der Krabbenfischerei aber derzeit keine Probleme. Von der geringen Kabeljau- und Wittlingdichte profitieren aber offenbar kleine Fischarten, die in höherer Zahl als üblich gefangen wurden. Dies galt für Grundeln und vor allem für Leierfische, von denen eine früher hier seltene Art, der Ornament-Leierfisch, besonders oft auftrat. Auch wurde zum zweiten Mal der sonst viel nördlicher vorkommende, sehr seltene Zwergseeskorpion entdeckt. Junge und halbwüchsige Schollen und Klieschen traten mit zunehmender Tiefe regelmäßig im Fang auf.

Die Wassertemperaturen lagen zwischen 3,5 °C auf küstennahen Stationen und 7,8 °C weiter seewärts. Sie waren damit relativ hoch und könnten zusammen mit den relativ niedrigen Anlandungen im Herbst ein Indiz für eine ungünstige Fangentwicklung in der deutschen Krabbenflotte im Jahr 2004 sein. (Presseinformation Nr. 377)

ACHTUNG – Terminänderung - Mitgliederversammlung der Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste SDN am 16.04.2004 um 11.00 Uhr im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Jever, Lindenallee 1, 26441 Jever

Die Inter-Regionale Wattenmeer Kooperation IRWC ist eine Kooperation mit den Landkreisen Dithmarschen und Nordfriesland und den Dänischen und Niederländischen Wattenmeer Regionen. Die SDN wurde 1973 von Küstenkreisen und Kommunen gegründet und möchte die Nordsee, das Wattenmeer und angrenzende Küstenregionen schützen und die Eigenheiten und Schönheiten erhalten.

Texte Watt'-Neues“: Hans von Wecheln ICT D/NF II Vorstandssprecher SDN